

11/14

**EU-Ratsvorsitz 2018,
Inhaltliche Vorbereitungen**

Zur Veröffentlichung bestimmt

**Vortrag
an den
Ministerrat**

Österreich übernimmt in der zweiten Jahreshälfte 2018 zum dritten Mal den Vorsitz im Rat der EU (EU-Ratsvorsitz). Der EU-Ratsvorsitz stellt sowohl inhaltlich als auch organisatorisch eine besondere europäische Aufgabe für Österreich dar. Dazu kommt, dass er in einem sehr anspruchsvollen Umfeld stattfinden wird. Die Europäische Union ist sowohl nach innen als auch nach außen mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Dazu zählen geopolitische Umwälzungen und eine sich zunehmend verschärfende Wettbewerbssituation mit anderen Weltregionen, aber auch Spannungen innerhalb der Europäischen Union. Zudem wird der Ratsvorsitz Österreichs der letzte vollständige Ratsvorsitz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühjahr 2019 sein, weshalb die Erwartungshaltung besteht, möglichst viele Legislativvorhaben auf EU-Ebene voran beziehungsweise zum Abschluss zu bringen.

Österreich versteht seine Rolle während des kommenden EU-Ratsvorsitzes als die eines neutralen Maklers. Dabei steht außer Frage, dass ein Ratsvorsitz nur dann Fortschritte erzielen kann, wenn er auf der Einheit der EU und ihrer Mitgliedstaaten beruht. Damit die EU ihren Herausforderungen erfolgreich begegnen kann, muss sie zu einem gemeinsamen Vorgehen aller EU-Mitgliedsstaaten finden. Die Einigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten wird daher im besonderen Fokus Österreichs liegen. Mit seinem Ratsvorsitz wird Österreich bestrebt sein, gemäß seiner traditionellen Rolle des Brückenbauers zur Einheit in der EU beizutragen. Der Ratsvorsitz gibt Österreich zudem die Möglichkeit, Österreich in Europa verstärkt zu präsentieren. Im zweiten Halbjahr 2018 werden 13 informelle Tagungen auf Ministerebene, ein informeller Gipfel sowie an die 300 Vorsitz-Veranstaltungen in Österreich stattfinden.

Die EU wird während des österreichischen Ratsvorsitzes mit zwei großen Herausforderungen konfrontiert sein: die Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU (**Brexit**) einerseits, und die Verhandlungen zum **Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020** andererseits. Bei den komplexen Brexit-Verhandlungen geht es darum, das Abkommen zu

Austrittsmodalitäten und zur Übergangsphase sowie die dem Abkommen beigefügte politische Erklärung über den Rahmen des künftigen Verhältnisses bis Herbst 2018 auszuverhandeln. Dies ist notwendig, um einen geordneten Austritt des Vereinigten Königreichs per 30. März 2019 zu ermöglichen.

Im Mai wird die Europäische Kommission ihren Vorschlag für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020 vorlegen. Die Verhandlungen werden unter bulgarischem Ratsvorsitz beginnen und unter österreichischem Ratsvorsitz intensiv fortgeführt werden.

Ein Europa, das schützt

Der EU-Ratsvorsitz bietet als Vorhaben der gesamten Bundesregierung die Möglichkeit, konkrete Ergebnisse bei wichtigen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu erzielen. Die EU war in den vergangenen Jahren mit mehreren Krisen konfrontiert, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europäische Union als Union, die Sicherheit und Frieden gewährleistet, erschüttert haben. Österreich wird daher seine Aufgabe als Ratsvorsitz unter folgendes **Motto** stellen: **Ein Europa, das schützt.**

Den Zugang, den Österreich wählen wird, um dieses Ziel zu erreichen, ist eine **Verstärkung des Subsidiaritätsprinzips**. Die Europäische Union soll sich auf die großen Fragen konzentrieren, die einer gemeinsamen Lösung bedürfen, und sich in kleinen Fragen zurücknehmen, in denen die Mitgliedstaaten oder Regionen selbst besser entscheiden. Dadurch soll dem Motto der EU „In Vielfalt geeint“ Rechnung getragen werden. In diesem Sinne wird der österreichische Ratsvorsitz die effektive Schutzfunktion der EU insbesondere in drei Schwerpunktbereichen in den Vordergrund stellen: Sicherheit und Migration, Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung und Stabilität in der Nachbarschaft.

1) Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration

Die Auswirkungen der größten Migrationskrise seit dem 2. Weltkrieg in Europa und die Sorgen der Menschen vor weiteren unkontrollierten Migrationsbewegungen machen deutlich, wie wichtig es ist, gemeinsam gegen illegale Migration vorzugehen und die Handlungsfähigkeit der EU sicherzustellen. Im Vordergrund stehen dabei die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und die Verstärkung der Grenzschutzagentur FRONTEX, um einen effizienten Außengrenzschutz sicherzustellen. Darüber hinaus wird eine stärkere Zusammenarbeit mit Drittstaaten angestrebt, um schutzbedürftigen Menschen schon außerhalb der EU zu helfen und um effektive Rückführungsmöglichkeiten zu gewährleisten. Am 20. September 2018 wird sich der informelle EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Salzburg u.a. mit diesen Themen befassen.

Da in einer zusammenwachsenden, globalisierten Welt das organisierte Verbrechen zunehmend vernetzter agiert, wird sich Österreich während seines Ratsvorsitzes zudem für die effiziente Zusammenarbeit, den Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten sowie die Interoperabilität großer Datenbanken in diesem Bereich einsetzen. Darüber hinaus muss auch gemeinsam auf europäischer Ebene gegen Terrorbedrohungen und Radikalisierungen jeglicher Art vorgegangen werden.

In diesem Zusammenhang wären auch ein Fokus auf das Thema „Haft in der Heimat“ und die Prüfung von diesbezüglichen Verbesserungsmöglichkeiten begrüßenswert.

2) Sicherung des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung

Die EU ist immer noch die führende Handelsmacht und der größte Binnenmarkt der Welt. Allerdings geht Europas Anteil am weltweiten BIP und sein wirtschaftliches Gewicht zurück.

Will die EU ihren Wohlstand und ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern, sind konsequente Vermeidung von Überregulierung und Fortschritte in den Bereichen Innovation und Digitalisierung essentiell. Dazu kommt, dass die Frage nach den Auswirkungen der Digitalisierung auf Wirtschaft und persönliche Lebensumstände viele Bürgerinnen und Bürger beschäftigt. Die digitale Wirtschaft ist bereits heute für einen beachtlichen Anteil am Wachstum in Europa verantwortlich. Mit einer intelligenten Politik der digitalen Transformation kann die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der europäischen Wirtschaft auch in Zukunft gewahrt werden. Durch die Vollendung des digitalen Binnenmarkts, die umfassende Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und eine erneuerte Industriepolitik sollen die Rahmenbedingungen für digitale Geschäftsmodelle und Dienstleistungen verbessert werden.

Damit die digitale Wirtschaft ihr volles Potenzial entfalten und der Allgemeinheit zu Gute kommen kann, braucht es einen modernen und ausgewogenen Regelungsrahmen. Die öffentlichen Haushalte müssen vor schädlichem Steuerwettbewerb und Steuervermeidung geschützt, sowie faire Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen geschaffen werden. Die begonnenen Arbeiten der EU zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft sollen unter österreichischem Ratsvorsitz vorangetrieben werden, damit sichergestellt wird, dass Gewinne dort besteuert werden, wo sie anfallen.

3) Stabilität in der Nachbarschaft – Heranführung des Westbalkans/ Südosteuropas an die EU

Eine Europäische Union, die ihren Bürgerinnen und Bürgern Stabilität, Sicherheit und Frieden bietet, ist nur möglich, wenn auch in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU Stabilität und Sicherheit herrschen. In diesem Sinne wird Österreich während seines Ratsvorsitzes einen Fokus auf die Förderung guter Beziehungen zwischen der EU und ihren Nachbarn legen.

Im Zentrum stehen dabei insbesondere die Staaten des Westbalkans/ Südosteuropas. Diese Region ist wirtschafts- und sicherheitspolitisch Teil Europas und erwies sich während der Migrationskrise als verlässlicher Partner. Darüber hinaus verbindet uns ein gemeinsames historisches und kulturelles Erbe. Es liegt vor allem im österreichischen Sicherheits- und Wirtschaftsinteresse, dass die Zukunft des Westbalkans/ Südosteuropas in der Europäischen Union verankert ist. Aufbauend auf den Arbeiten des bulgarischen Vorsitzes und vor allem der Erweiterungsstrategie der Europäischen Kommission vom 6. Februar 2018 wird sich Österreich während seines Ratsvorsitzes dafür einsetzen, gemeinsam mit seinen europäischen Partnern die EU-Perspektive aller Staaten des Westbalkans/ Südosteuropas konkret auszugestalten und messbare Fortschritte zu erzielen.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien und der Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres stellen wir den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 14. März 2018

KURZ

STRACHE